

„Die Fehlschlüsse der Bundesanwaltschaft“

TAZ
25.7.91

Der Chef des Hamburger Verfassungsschutzes, Christian Lochte (CDU), hält die Diskussion über mögliche neue Anschläge der RAF für aufgebauscht / Generalbundesanwalt von Stahl wirft er vor, Gefangenen-Kassiber falsch zu bewerten / Der Staat sollte auch mit den Aktiven der RAF sprechen

taz: Herr Lochte, nie zuvor haben die Staatsschutzbehörden, unterstützt von Medien und Amateurfahndern aus der Politik, so eifrig einen Anschlag der RAF, einen Hungerstreik der Gefangenen oder eine Befreiungsaktion herbeigeredet wie zur Zeit. Ist die RAF so stark oder der Staatsschutzapparat so mit seinem Latein am Ende, daß er das nötig hat?

Christian Lochte: Es ist auch früher

ging von dem Auftritt der Gefangenen Mohnhaupt und Klar im Prozeß gegen Susanne Albrecht in Stuttgart aus. Das war sicherlich ein Spektakel mit viel Gedröhne und Getöse. Aber in ihrer Erklärung haben die Gefangenen nichts weiter gesagt, als daß sie demnächst eine Erklärung abgeben werden. Das Resultat in allen Medien, gleich welcher Couleur, lautete aber: „Häftlinge kündigen neue Anschläge an.“ Was da bei den

Ihr Lamento an die richtige Adresse richten. Es ist nicht nur ein Problem der Medien, sondern vor allem eins der Bundesanwaltschaft, des Bundeskriminalamts und auch der Politik.

Klar ist, daß man beides nicht voneinander trennen kann. Wir können aber nüchtern feststellen, daß die Politik, soweit sie in Verantwortung steht, sich an dieser Diskussion nicht beteiligt hat. So haben sich insbesondere der Bundesinnenminister und der Bundesjustizminister wenn überhaupt, dann nur sehr zurückhaltend zu dem Thema geäußert. Richtig ist, daß in erster Linie die Bundesanwaltschaft in diesem Zusammenhang zu nennen ist. Sie hat angefangen, Papiere auszuwerten und ihnen eine bestimmte Bedeutung zu geben, was eigentlich Aufgabe des Verfassungsschutzes wäre. Und sie ist aus meiner Sicht zu Fehlschlüssen gekommen.

Die von Ihnen genannten Minister Schäuble und Kinkel haben sich in der Tat zurückgehalten. Aber was sollen die machen? Spitzenbeamte der Politik, zu deren Aufgaben das nicht gehört.

Die Bundesanwaltschaft hat ja nicht bewußt Politik gemacht. Sie können davon ausgehen, daß die Urteile und Bewertungen, die dort vorgenommen worden sind, auch deren Überzeugung entsprechen. Die Dinge werden nicht bewußt aufgebauscht, sondern man bewertet das

dessen, was sie bewaffneten Kampf nennen, eine Zusammenlegung vorzugehen muß. Es gibt eine Reihe von Politikern, die inzwischen diese Auffassung teilen. Und ich kann mir vorstellen, daß diese politischen Kräfte das von sich aus wieder zum Thema machen, wenn sie glauben, in etwas ruhigerem Fahrwasser zu sein. Ich sage weiter, wie übrigens seinerzeit auch das Bundesamt für Verfassungsschutz: eine Zusammenlegung seitens des Staates kann es nur geben aus der Position der Souveränität und Stärke heraus. Was nicht passieren darf und sicherlich auch nicht passiert ist, daß man sich so etwas abpressen läßt. Im Zusammenhang mit Anschlägen zum Beispiel würde ich die Zusammenlegung ablehnen.

Glauben Sie denn wirklich, daß innerhalb der Gesellschaft, der Politik oder des Sicherheitsapparates irgendjemand über die Haftsituation der Gefangenen nachdenken würde, wenn es nicht von Zeit zu Zeit Anschläge gäbe?

Ohne die Anschläge wären wir bestimmt weiter. Die entscheidende Frage lautet doch — auch in den Hinterköpfen derer, die gerade nach Rohwedder tief verunsichert, ja sogar verängstigt sind —, warum gibt es seit 21 Jahren die RAF. Die gibt es ja unabhängig davon, ob die Behörden gerade Fahndungserfolge vorweisen können oder nicht. Es sind seit Bestehen der RAF rund hundert



Schelte der Medien einbringen könnten.

Sie klagen immerfort eine nüchterne Analyse ein. Dann müßten sie aber auch konkrete Schritte aufzeigen können, wie es weitergehen soll.

Nein. Es geht tatsächlich zuerst einmal um die sachliche Aufklärung. Angefangen bei der Frage der Zusammenlegung. Darüber hinaus müssen wir präzise benennen, was es mit den Zellenfunden auf sich hat, was in den sichergestellten 7.000 Blatt Papier drinsteht. Es ist doch ganz normal, daß sich die Häftlinge über Politik unterhalten wollen und Briefe nach draußen schreiben. Die Briefe wurden zudem von den Kontrollrichtern gelesen. Wir müssen sagen, daß es sich dabei um ganz normale Vorgänge handelt. Zur Zeit bildet sich lediglich eine neue Legende um die RAF herum.

Die Zusammenlegung ist das eine. Wir wissen, daß es neben dem öffentlichen Trommelwirbel Versuche gibt, das Gespräch und den Dialog mit den Gefangenen wieder in Gang zu bringen. Was halten sie davon und auf welcher Ebene müßte das laufen?

Solche Versuche sind immer zu begrüßen. Besonders müßten die Versuche unterstützt werden, die von nichtstaatlicher Seite ausgehen, etwa von den Kirchen oder politischen Gruppen wie den Grünen. Das ist sinnvoll, weil ein Neuanfang des Dialogs im Vorfeld des Staates einfacher ist.

Sie wissen aber auch, daß gerade die Gefangenen auf Treffen mit politischen Funktionsträgern bestehen. Das hat für sie eine andere Qualität als mit mehr oder weniger prominenten Vertretern etwa der Kirche zu reden.

Wenn Sie die entscheidenden Kräfte in der Politik davon überzeugen könnten, wäre das ja nicht verkehrt. Das wird Ihnen aber so ohne weiteres nicht gelingen. Kein einzelner Parteivertreter kann sich öffentlich aus dem Fenster hängen und

nommen wird. Die Schwierigkeit dabei ist folgende: Auf der einen Seite muß klargestellt werden, daß es keinerlei gesellschaftspolitische Gründe für einen bewaffneten Kampf gibt. Andererseits handelt es sich bei der RAF aber auch um ein politisches Phänomen. Deren Mitglieder verüben keine Banküberfälle, um anschließend ein schönes Leben im Ausland zu führen. Ihre Vorstellungen sind — wenn auch abwegig und fern der Realität — zu 100 Prozent politisch. Die Frage ist aber, wie solche Versuche in der Öffentlichkeit aufgefaßt werden und wer sie sich erlaubt.

Immerhin ist der Versuch von einer konservativen Bundesregierung auf die Schiene gebracht worden...

... in diesem Falle. Weil es sich um linksextremistisch motivierten Terrorismus handelt. Bei einem rechtsextremistisch motivierten, könnte das umgekehrt wahrscheinlich die SPD leichter machen. Man darf aber nicht verkennen, daß es auch Hemmungen gibt, so etwas überhaupt zu machen. Das geht bis zu der Haltung: Das ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Ich meine, die Souveränität des Staates ist erst dann vollständig, wenn er in der Lage ist, so etwas pragmatisch zu überlegen und entsprechend zu entscheiden. Das zeigt sich auch in anderen Ländern. In Großbritannien hat keiner Hemmungen, Geheimverhandlungen mit der IRA zu führen, wenn es darauf ankommt. Auch in Spanien gab es immer wieder Versuche, mit der ETA ins Gespräch zu kommen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es diese Souveränität und diesen Pragmatismus bei uns nicht geben sollte.

Öffentlich sind diese Versuche immer dementiert worden. Zugleich wird aber in der Szene heftig diskutiert, ob sich die RAF auf so etwas einlassen soll oder nicht.

Die Hardliner in der RAF haben insofern Recht als sie sagen: Solange der Verfassungsschutz solche Gespräche führt, ist das letztendlich ohne große politische Bedeutung, weil er keine Entscheidungsbefugnis hat. Die eigentlichen Entscheidungsträger sitzen nicht im Verfassungsschutz. Bei einigen Leuten hätte es eigentlich Klick machen müssen, als man auf die Papiere stieß, in denen die RAF selbst sagt, mit dem Verfassungsschutz hat das keinen Sinn, da sind wir nicht an der staatlichen Entscheidungsebene.

Demnach müßte man die Versuche auf die politische Ebene heben?

Sicher, die Politik muß ja auf anderen Gebieten Aufgaben von noch ganz anderer Dimension lösen. Unterstellen wir einfach, sie würde so etwas pragmatisch angehen, wenn es darauf ankommt. Zuerst muß begriffen werden, daß man auf diesem Weg etwas erreichen kann. Bei der RAF handelt es sich um ein Phänomen, mit dem von seiten des Staates in vielerlei Hinsicht außergewöhnlich umgegangen wurde und wird. Wenn es um die Repression ging, war der Staat für jedes Gesetz zu haben, bis an die Grenze des Rechtsstaates. Aber der mögliche Umkehrschluß — zu sagen, wir versuchen es einmal mit einer außergewöhnlichen politischen Initiative — der hat sich noch nicht überall herumgesprochen.

Das Gespräch führten Gerd Rosenkranz und Wolfgang Gast

99 Aus den Zellenfunden ergibt sich keine Steuerung einzelner Anschläge der RAF aus der Haft heraus 66

schon öffentlich über mögliche Anschläge nachgedacht worden. Ich habe davon nie etwas gehalten. Die Geschichte der RAF und ihrer Attentate zeigt, daß man so etwas nicht voraussagen oder an irgendwelchen Terminen festmachen kann. Es wird immer spekuliert, aber manchmal über Jahre nur ins Leere hinein. Ich möchte mich daran auch in Zukunft nicht beteiligen, weil derartige Überlegungen kontraproduktiv sind. Passiert nichts, hat man die Öffentlichkeit unnütz verunsichert. Passiert etwas, könnte man zugespitzt fragen, wenn ihr die Anschläge schon ankündigt, warum könnt ihr sie dann nicht auch verhindern.

Ihre Kollegen aus dem Sicherheitsapparat sind da nicht so schweigsam.

Die momentane öffentliche Diskussion hängt damit zusammen, daß der Anschlag auf Rohwedder eine sehr große Aufregung ausgelöst hat. Die Folge waren ein paar unglückselige Reaktionen. Zu der ganzen Aufregung paßt, daß öffentliche Fehlinterpretationen nicht als solche erkannt werden.

Können Sie Beispiele nennen?

Das erste Beispiel ist die Stellungnahme des Generalbundesanwalts von Stahl in einem Fernsehmagazin, in dem er die Zusammenlegung der RAF-Gefangenen kritisiert hat. Der Verfassungsschutz hatte die Zusammenlegung nie gefordert, weil so die RAF aufhört zu existieren und die Häftlinge abschwören. Unser primärer Punkt war vielmehr immer der einfache Gedanke, daß den Terroristen das Thema Haftbedingungen genommen werden muß. Das ist so eine Art Lebensader der RAF. Wenn man sich fragt, warum gibt es sie noch nach 21 Jahren, dann kommt man zwangsläufig zu diesem Ergebnis. Das Interview des Generalbundesanwalts hat aus heiterem Himmel eine Diskussion über die bestehende Mini-Zusammenlegung ausgelöst. Dabei wurde plötzlich die naive Erwartung in den Vordergrund gehoben: Wenn man die Gefangenen nur zusammenbringt, dann werden sie von alleine friedlich. Diese von vornherein falsche Erwartung wurde bisher enttäuscht. Jetzt wird gefordert, etwas rückgängig zu machen, was überhaupt erst im Ansatz realisiert ist. Das Ganze zu einem Zeitpunkt, wo es für diese Diskussion überhaupt keine Veranlassung gibt.

Das zweite große Mißverständnis

Journalisten schief gelaufen ist, weiß ich nicht. Jedenfalls hat das eine unheimliche Hysterie ausgelöst.

Dann werden Zellen durchsucht, es wird Material beschlagnahmt. Und plötzlich heißt es, die Funde belegten, es ginge bei allen Gefangenen auf der harten Linie weiter. Dann finden etwas merkwürdige Auswertungen der gefundenen Kassiber statt. Es wird der Eindruck erweckt, als seien 7.000 Blatt von den Gefangenen und den RAF-Kommandos draußen heimlich angelegt worden. Dabei geht völlig unter, daß es sich überwiegend um Papiere handelt, die anstandslos den Leserichtern passiert hatten. Oder daß die Behörden Dinge bestätigt bekommen, die als Ergebnis der Häftlingsüberwachung lange bekannt waren. Tatsächlich sagt das Bundesamt für Verfassungsschutz nach wie vor, daß sich aus den Funden keine Steuerung einzelner Anschläge der RAF aus der Haft heraus ergibt. Trotzdem wird darum ein großes Brimborium veranstaltet.

Dann wird nochmal schnell irgendwo durchsucht, in diesem Fall die Zellen der Gefangenen in Köln. Da wird ein Skizze gefunden, die angeblich belegt, daß eine Befreiungsaktion kurz bevorsteht. Man muß sich schon in großer Aufregung befinden, um zu einer solchen Interpretation dieser Skizze zu kommen. In Wirklichkeit gibt sie nichts her und kann höchstens so verstanden werden, wie die Anwälte der betroffenen Gefangenen es gesagt haben.

All diese Aufbauschungen und Verdrehungen führen im Ergebnis schlicht dazu, daß die RAF künstlich hochgeredet wird. Tatsächlich wissen wir, daß es zwischen den verschiedenen Ebenen der RAF in diesem Sommer 1991 sehr viel Streit gibt. Politisch gesehen war sie noch nie so schwach wie heute. Andererseits wird aber der Mythos RAF in der Öffentlichkeit erneut unterfüttert. Den Hardlinern wird — natürlich ungewollt — sogar zugearbeitet und möglicherweise der Weg aus der Krise geebnet. Das ist grotesk. Das einzige, was an der aufgeregten Diskussion richtig ist, ist die Tatsache, daß niemand zu keiner Zeit einen neuen Anschlag ausschließen kann.

Sie betonen immer, die Öffentlichkeit schaffe diese künstliche Aufregung. Ausgangspunkt sind aber, mit Ausnahme der Gefangenen-Erklärungen in Stammheim, stets Ihre Kollegen aus dem Sicherheitsapparat gewesen. Sie müssen



so, wie man sich äußert.

Und diese Bewertung ist falsch? Die Bewertung ist falsch. Das ist der Punkt.

Aber diese falsche Bewertung wird öffentlich hochgejubelt, während der Expertenflügel im Sicherheitsapparat schweigt. Warum wird das nicht umgehend richtiggestellt?

Das hängt mit einem Vermittlungsdilemma zusammen, in dem wir stecken. Wenn zum Beispiel in dem sogenannten Dissidentenbrief (siehe taz vom 5.7.91, d. Red.) behauptet wird, die RAF bereite einen Anschlag gegen Finanzminister Waigel oder gegen bestimmte Staatssekretäre vor, dann ist daran richtig: Es werden tatsächlich gefährdete Personen genannt. Dennoch sind wir hier in Hamburg der Auffassung, daß dieses Papier nicht aus dem Bereich der RAF kommt. Sie können der Öffentlichkeit aber kaum vermitteln, daß sie das Papier für nicht echt, gleichzeitig die dort genannten Personen aber für gefährdet halten.

Das ändert nichts daran, daß Debatten, wie sie zum Beispiel über die vier gefangenen Frauen in Nordrhein-Westfalen geführt werden, sich zum Auslöser neuer Aktionen entwickeln können. Die Gefangenen könnten glauben, einen neuen Hungerstreik anfangen zu müssen, um der Auseinandersetzung zu entgehen.

Das ist richtig. Deswegen halte ich es für zwingend erforderlich, nüchtern und in Ruhe den Hintergrund all dieser Vorgänge zu erläutern.

Das versuchen Sie seit Jahren. Was wir im Moment erleben, ist also auch so was wie ein Zwischenergebnis ihrer Bemühungen. Zum Beispiel für die Zusammenlegung. Diskutiert wird aber jetzt die Auseinandersetzung. Ist Christian Lochte ein Papiertiger?

Ich gehe nach wie vor davon aus, daß dem Ende der RAF, dem Ende

Leute aus den Kommandos festgenommen worden, umgekommen oder ausgestiegen. Gleichwohl gibt es die RAF nach wie vor. Deshalb ist es für mich nur eine Frage der Zeit bis allgemein begriffen wird, daß es politische Umstände sind, die die Existenz der Gruppe begünstigen.

Wir haben einen ganz anderen Eindruck von der Diskussion des letzten Vierteljahres, nämlich den, daß man in die nächste Umdrehung der Gewaltspirale hineinschlüßelt. Man ist manchmal geneigt, Jutta Ditfurth zu folgen, die einmal unter dem Wutgeschrei ihrer Gegner ge-

99 Die Souveränität des Staates ist erst dann vollständig, wenn er auch in der Lage ist, mit der RAF zu sprechen und pragmatisch zu entscheiden 66

sagt hat, der Staat braucht den Terror der RAF. Wird da nicht von manchen in der Politik und auch in den Medien eine viel weitergehende Repressionsstrategie verfolgt als einfach vier Gefangene auseinanderzulügen?

Von einer Strategie kann überhaupt nicht die Rede sein. Die Situation, die wir jetzt vorfinden, ist in erster Linie von Unwissenheit und Fehlinterpretationen geprägt. Wenn hinter der laufenden Debatte überhaupt eine Absicht steht, dann die, daß sich keiner eine Verniedlichung des Terrorismus vorhalten lassen will. In der Öffentlichkeit wird derzeit kolportiert, daß ohne Fahndungserfolg demnächst einige Leute ihren Hut nehmen müssen. Dadurch ist ein unheimlicher Druck entstanden. In Zeiten solcher Unsicherheit sagt kein Politiker etwas, was ihm die

dann passiert der nächste Anschlag. Wer immer das ist, er würde anschließend an den Pranger gestellt. Für einen Politiker ist es kein einfacher Schritt, den Dialog noch einmal zu versuchen.

Würden sie ihn denn ermutigen? Auf alle Fälle. Ich würde immer sagen, daß es richtig ist.

Mindestens bis Ende letzten Jahres hat es Versuche gegeben, nicht nur mit den Gefangenen, sondern — auf zweifellos sehr komplizierten Wegen — auch mit den Aktiven der RAF ins Gespräch zu kommen. Nach unserem Verständnis war dies ein Versuch, neben den polizeilichen oder militärischen Anstrengungen eine politische Lösung anzugehen. Sollte das weiter verfolgt werden?

Natürlich. Ich gehe davon aus, daß dieser Versuch wieder aufge-



Fotos: Dirk Eisermann/argus